

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telefax: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Hans Eichel zum 20.
Jahrestag des Radika-
len-Erlasses: Ein Irrweg
der Demokratie.

Seite 1

Dokumentation

Rede des SPD-Vorsit-
zenden Ministerpräsi-
dent Björn Engholm
zum Landtagswahl-
kampf-Auftakt in
Schleswig-Holstein.
(Teil I)

Seite 2

47. Jahrgang / 18

27. Januar 1992

Ein Irrweg der Demokratie Zum 20. Jahrestag des Radikalen-Erlasses

Von Hans Eichel
Hessischer Ministerpräsident

Der Radikalerlaß, vor 20 Jahren von Bund und Ländern beschlossen, hat der demokratischen Entwicklung in Deutschland schweren Schaden zugefügt. Ihr eigentliches Ziel, nämlich konkrete Dienstvergehen wie etwa die politische Indoktrination von Schülern durch kommunistische Lehrer zu ahnden, haben die "Grundsätze über die Mitgliedschaft von Beamten in extremen Organisationen" vom 28. Januar 1972 verfehlt. Sie haben stattdessen zu einer der verbissensten innenpolitischen Auseinandersetzungen der Nachkriegszeit und zu einer nachhaltigen Störung des politischen Klimas geführt. In einer Zeit, in der die SPD den programmatischen Slogan "Mehr Demokratie wagen" prägte, förderten - wenn auch ungewollt - sozialdemokratisch geführte Regierungen und erst recht die christdemokratischen Länderregierungen politisches Duckmäusertum. Willy Brandt bezeichnete den Radikalerlaß später selbst als "Sündenfall" seiner Regierungszeit. Er habe "natürlich nicht gehaut, welcher Unfug damit betrieben werden würde".

Viele Mitbürgerinnen und Mitbürger mußten sich ihr politisches Engagement damals sehr genau überlegen. Vor allem junge Menschen, die ihrem Alter angemessen idealistische und kritische Positionen kompromißlos vertraten, bekamen die Folgen des Radikalerlasses zu spüren: Sie wurden diszipliniert, indem ihnen mit womöglich drastischen Einschränkungen ihrer beruflichen Perspektiven gedroht wurde. Die "Berufsverbote" mögen zwar in vielen Fällen zu politischem Wohlverhalten geführt haben. Aber wer in der Phase seiner persönlichen Orientierung zunächst einen Irrweg geht, und dabei aus seinen Fehlern lernt, dürfte von der freiheitlich-demokratischen Grundordnung tiefer überzeugt sein, als derjenige, der den Irrweg aus bloßer Angst vor Repressalien vermeidet. Zudem ist die Zahl derjenigen, die extremistischen Gedanken anhängen, in Deutschland ohnehin eher gering.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mü. zuzügl. MwSt und Versand.

Produktion: Umwelt
mit recycelten Rohstoffen
Recycling-Papier



Von Anfang an hat Hessen sich in der Diskussion um den Radikalerlaß von den anderen Ländern und von der Bundesregierung abgesetzt. Der damalige Ministerpräsident Albert Oswald trug zwar den Beschluß mit, aber Hessen setzte sich bei der Anwendung des Erlasses stets deutlich vom Bund und den übrigen Ländern ab. Und schon 1973 sprach sich Oswald für eine Aufhebung des Radikalenerlasses aus. Seinerzeit erklärte er: "Die Urteile der Verwaltungsgerichte in den verschiedenen Bundesländern und die Diskussion über die differenzierte Handhabung dieser Vereinbarung zeigen, daß genau das Gegenteil von dem erreicht worden ist, was dem Bundeskanzler vorschwebte, nämlich eine einheitliche Handhabung der rechtlichen und verfassungspolitischen Tatbestände, die im Beamtengesetz, den Verfassungen der Länder und im Grundgesetz festgelegt sind. Da dies nicht erreicht wurde, ist die Vereinbarung, die ohnehin kein neues Recht geschaffen hat, aufzuheben."

Leitende Beamte der hessischen Landesregierung hielten schon damals den Radikalerlaß für rechtswidrig. Sie vertraten die Auffassung, daß niemandem aus der Mitgliedschaft in einer Partei Nachteile erwachsen dürfe, solange diese Partei vom Bundesverfassungsgericht nicht verboten sei. Unter Beachtung des Grundsatzes der Bundestreue hat sich Hessen deshalb in den 70er Jahren immer bemüht, seine Spielräume im Sinne einer liberalen Handhabung des Radikalenerlasses zu nutzen. Folglich gehörte Hessen auch zu den ersten Ländern, die die sogenannte Regelanfrage beim Verfassungsschutz wieder abschafften.

(-/27. Januar 1992/rs/ks)

DOKUMENTATION

Björn Engholm: Schleswig-Holstein liegt gut im Wind (Teil I)

Der SPD-Vorsitzende, Ministerpräsident Björn Engholm, hat auf der Auftaktveranstaltung zum Landtagswahlkampf der SPD in Schleswig-Holstein am 25. Januar 1992 in Neumünster eine Rede gehalten, die wir im Wortlaut veröffentlichen.

I.

"Wenn Du ein Schiff bauen willst, dann trommele nicht Männer zusammen, um Holz zu beschaffen und Arbeiten einzuteilen, sondern lehre die Männer die Sehnsucht nach dem weiten, endlosen Meer."

Das stammt von Antoine de Saint-Exupéry, dem Dichter des "Kleinen Prinzen". Das ist eine schöne Metapher für die Gestaltung des Küstenlandes Schleswig-Holstein, die für uns allerdings nicht nur Männer-, sondern selbstverständlich auch Frauensache ist.

Vor vier Jahren haben wir mit den Menschen in Schleswig-Holstein unsere Ziele diskutiert - und wir haben mit ihnen inzwischen unser Land zwischen den Meeren erneuert. Heute, nach erst drei Jahren und acht Monaten sozialdemokratischer Regierungszeit - die anderen haben übrigens zehnmal so lange regiert, bevor sie von uns abgelöst wurden - können wir ohne Überheblichkeit, aber mit Stolz sagen: Das Schiff Schleswig-Holstein hat Segel gesetzt und Fahrt aufgenommen und liegt gut im Wind. Schleswig-Holstein hat wieder einen guten Namen. Und dieser gute Name, ist durch Leistung belegt. Wir werden mit Beharrlichkeit und Augenmaß Kurs halten. Es ist aber auch wichtig, daß Schleswig-Holstein am 5. April Kurs hält.

Wir stehen in Schleswig-Holstein vor einer entscheidenden Wahl:

- Wir werben um den erneuten Auftrag der Wählerinnen und Wähler, das Land auch in den nächsten Jahren weiterzuregieren.

- Wir wollen unsere gerade erst begonnene Reformpolitik fortsetzen. Viele Jahre fleißiger sozialdemokratischer Landespolitik sollen der Anfang sein für eine von uns geprägte Periode der Modernisierung Schleswig-Holsteins auf dem Weg ins nächste Jahrtausend.

Der 5. April ist aber aus noch einem anderen Grunde ein wichtiges Datum: Auch in Baden-Württemberg ist Wahl. Dort will die SPD die verbrauchte CDU und damit die letzte CDU-Regierung in den westdeutschen Ländern in den wohlverstandenen Ruhestand schicken. Und unser Gruß gilt Dieter Spöri und seinem "Sonnenteam". Baden-Württemberg muß gemeinsam mit Schleswig-Holstein der Serie sozialdemokratischer Landtagswählerfolge einen Höhepunkt beschere[n], der die Herren Kohl, Waigel, Lambsdorff das Fürchten lehrt. Sie sollen sich fürchten vor dem Wiedererstarken der Sozialdemokratie in den Ländern und auf Bundesebene. Denn wir kämpfen nicht nur um die Mehrheit im Bundesrat, wir kämpfen um die Mehrheit im Bundestag.

Nach den Siegen auf den Etappen Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg wird es der CDU in Mecklenburg-Vorpommern, in Sachsen-Anhalt, in Thüringen und Sachsen an den Krallen gehen. Damit endlich auch dort Politik im Interesse der Menschen von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gestaltet wird.

Unser Hauptziel aber ist und bleibt die Rückeroberung der Regierungsmehrheit für Deutschland im Jahre 1994: Zehn Jahre Regierung Kohl sind mehr als genug. Um die SPD im Bund wieder zurück an die Regierung zu bringen, bedarf es aber mehr als bloß guten Willens.

Dazu zwei Bemerkungen:

1. Wir in Schleswig-Holstein - Partei, Fraktion, Regierung - haben in den vergangenen Jahren nicht immer konfliktfrei, aber stets konstruktiv zusammengearbeitet.

Partei, Fraktion und Regierung waren sich jeweils ihrer eigenen Rolle bewußt. Und ich denke, daß spannungsreiche Gegen- und Miteinander, die saubere Trennung der Funktionen in Staat und Gesellschaft, die wir praktizieren, ist vielleicht der überzeugendste Eindruck, den wir auf Menschen machen können. Und dabei soll es bleiben.

2. Herbert Wehner, Willy Brandt und Helmut Schmidt haben vorexerziert, daß starke Persönlichkeiten nicht immer einer Meinung sein müssen.

Aber ich denke, wenn sie einmal Konflikte auszutragen hatten, wenn sie sich einmal gestritten haben, dann geschah das nach jener Regel, wie wir sie durch die Jahrzehnte auch bei uns in Schleswig-Holstein beherrigten: Die Partei gehört nicht uns und wir nicht der Partei. Und wir dienen der Partei nicht um ihrer selbst Willen, sondern wir dienen mit unserer politischen Arbeit dem ganzen Volk, den Menschen.

Daher sage ich: Unsere Partei kann nicht auf die Fähigkeiten und die Kraft des großartigen Kämpfers Oskar Lafontaine verzichten. Nicht auf die Angriffsfreude des nachdenklichen Uli Klose im Bundestag. Und ich denke, wohl auch nicht auf die integrierende Kraft ihres Vorsitzenden und schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten.

Am Rhein sagt man in diesen Karnevalstagen: Jeder Jeck ist anders. Auch das wollen wir beherrigen. Dennoch beißt keine Maus den Faden davon ab, daß wir künftig gemeinsam Seite an Seite, Schulter an Schulter die sozialdemokratische Alternative zu CDU und FDP vortragen. Dazu jedenfalls habe ich große Lust.

II.

Wir in Schleswig-Holstein gehen selbstbewußt in den Wahlkampf. Wir haben erfolgreiche Arbeit geleistet, haben unsere Entscheidungen verantwortungsbewußt, seriös und im Interesse des Landes getroffen. Unsere Bilanzen sprechen für sich. Jeder kann sie einsehen und mit der Regierungserklärung vergleichen. Er wird dabei feststellen, daß wir Wort gehalten haben.

Ich sage einmal: Hätte die Regierung in Bonn Ihre Schulaufgaben so gut gemacht wie wir im Lande, dann sähe es in vielen Bereichen heute anders, besser aus.

Erstes Beispiel: Deutsche Einheit

Wir alle freuen uns ohne jeglichen nationalen Überschwang, daß die Deutschen wieder in einem Staat zusammenleben und unsere Landsleute in den neuen Ländern mit uns gemeinsam an der Weiterentwicklung unserer Gesellschaft arbeiten können. Aber diese großartigen Veränderungen, diese stürmische Entwicklung bringt neue Probleme. Ich nenne als Stichwort nur die Umstellung der Volkswirtschaft von einer jahrzehntelangen Kommandowirtschaft auf das System der sozialen Marktwirtschaft. Aber während die Bundesregierung blauäugig von einem selbsttragenden Wirtschaftsaufschwung in Ostdeutschland spricht, brechen dort die alten Industriestrukturen zusammen, werden hunderttausende von Menschen auf die Straße gesetzt.

Bonn hat bis heute nicht begriffen, daß es ein großes Hammnis gibt, das von Anfang an eine rasche Verbesserung der Lage blockiert: Das gegen den Widerstand der SPD im Einigungsvertrag festgeschriebene Prinzip "Rückgabe vor Entschädigung". Es ist ein Teufelskreis: Kommunen und Städte können wegen unklarer Besitzverhältnisse keine Gewerbeflächen ausweisen, Unternehmer können nicht investieren, Arbeitsplätze sind bedroht, gehen verloren und neue kommen nicht in Gang. Wer so uneinsichtig handelt wie die Bundesregierung, der gefährdet den sozialen Frieden. Deshalb muß endlich das Prinzip "Entschädigung vor Rückgabe" eingeführt werden, damit es endlich aufwärts geht im Osten.

Wir in Schleswig-Holstein haben von Anbeginn an modellhaft Vorbildliches für die Einheit geleistet, vor allem für den Nachbarn Mecklenburg-Vorpommern.

Unser Land wird von 1990 bis 1994

- rund eine halbe Milliarde DM in den Fonds "Deutsche Einheit" zahlen. Wer weiß, wie am Kabinettschisch über 100 ha Naturschutz gerungen werden muß, weil das Geld fehlt, der weiß, was das für eine Summe ist.
- Außerdem müssen wir auf 1,4 Milliarden DM Umsatzsteueraufkommen verzichten und drastische Kürzungen bei der Bundesförderung verkraften im Bereich Wirtschaft, Städtebau, Wohnungsbau, Verkehr, von Strukturhilfe nicht zu reden. Zusätzlich investieren wir noch einmal in diesen Jahren rund 100 Millionen pure Landesinvestitionen. Außerdem schicken wir regelmäßig mehrere hundert qualifizierte Landesbedienstete nach Mecklenburg-Vorpommern und helfen somit beim Aufbau einer funktionierenden Verwaltung.

Gerne zitiere ich daher auch hier den Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern, der mir kürzlich schrieb: "Ich möchte es nicht versäumen, Ihnen für die engagierte Mithilfe beim Aufbau meines Landes zu danken." Diesen Dank gebe ich an ganz Schleswig-Holstein weiter.

Aus aktuellem Anlaß noch ein Zusatz: Ein großes Problem ist die Überwindung jener Lasten und Belastungen, die durch Stasi-Praktiken entstanden sind. Was sich zur Zeit um den brandenburgischen Ministerpräsidenten Manfred Stolpe und andere abspielt, ist empörend. Ich wiederhole daher den Appell von Willy Brandt und Helmut Schmidt: Es darf nicht dahin kommen, daß unsere demokratische Ordnung durch dubiose Kampagnen unterspült wird. Niemand soll sich in eine Psychose hineinreden lassen. Richtig ist: Wer sich an anderen vergangen hat, muß dafür gerade stehen. Aber Selbstgerechtigkeit, Vorverurteilung und Ketzerichterei gehören nicht zu den Eigenschaften eines mündigen Volkes.

Manfred Stolpe hat unsere Solidarität.

Zweites Beispiel: Standort Deutschland

Deutschland braucht nach unserer Auffassung auch wirtschaftspolitisch eine neue Phase der Reform, der Anpassung an sich verändernde Herausforderungen. Der Europäische Binnenmarkt und neue Kräftekonstellationen in der Weltwirtschaft stellen auch unser Land vor verschärfte Konkurrenzsituationen. Deshalb müßte das Hauptziel von Regierungshandeln in Bonn die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland sein. Die deutsche Wirtschaft braucht auch weiterhin Zugang zu den Schlüsseltechnologien im Weltmaßstab. Sie darf nicht den Anschluß verlieren. Zugleich aber müssen die Kräfte des Mittelstandes in den technologischen

Bereichen gestärkt werden, denn sie bilden sozusagen die breite Decke der Sicherheit unserer Volkswirtschaft.

Dafür ist nach unserer Auffassung ein umfassender industriepolitischer Dialog zwischen Wirtschaft, Gewerkschaften, Forschung und Staat notwendig, wie wir ihn mehrfach vorgeschlagen haben.

Kooperation statt Eingriff in die Tarifrunde, auch das müßte eine Devise der Bundesregierung sein, vor allem wenn die eigene Steuerpolitik das Nettoeinkommen der Arbeitnehmer geschmälert hat und damit mitverantwortlich ist für zweistellige Tarifforderungen. Kooperation in der Tarifpolitik, daß heißt auch, die im letzten Jahr losgetretene Steuer-Preis-Zins-Lohn-Spirale in allen ihren Windungen zu stoppen. Wir brauchen eine verstärkte Bündelung der unterschiedlichen Kräfte in Deutschland und über die nationalen Grenzen hinaus. Wir brauchen eine Verzahnung der staatlichen Infrastrukturpolitik, der Forschungs-, Entwicklungs- und der Qualifizierungspolitik. Sonst verlieren wir den Anschluß auf den Weltmärkten.

Und wir brauchen gleichzeitig einen klaren und harten Kurs geldpolitischer Stabilität und Konsolidierung, damit unsere stabile Mark auch in zehn Jahren noch stabil ist.

Wir in Schleswig-Holstein haben gezeigt, wie man den Aufschwung voranbringt. Wir haben Schleswig-Holstein zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort gemacht. Die Zahl der Erwerbstätigen lag in Schleswig-Holstein noch nie so hoch wie heute, die Zahl der Erwerbslosen seit 1980 nicht mehr so niedrig. Das Wirtschaftsklima in Schleswig-Holstein ist heute von neuem Selbstbewußtsein geprägt. Vorbei die Zeiten, da wir eines der schwierigsten Sorgenkinder unter den westdeutschen Ländern waren. Was immer wir in den letzten Jahren hier angepackt haben, von der Errichtung der Technischen Fakultät in Kiel über den massiven Ausbau der Fachhochschulen bis zu neu konzipierten Landesprogrammen: all dies waren Gemeinschaftsleistungen von Politik, Unternehmensverbänden, Gewerkschaften und Wissenschaft. Und in diesem Konsens wollen wir weiterarbeiten.

Drittes Beispiel: Ökologische Realpolitik

Weltweit schreitet die Zerstörung unserer natürlichen Umwelt voran. Eine Umkehr ist zu einer Frage des Überlebens geworden. Nicht das Durchschwimmen des Rheins im Taucheranzug, sondern der Schutz von Boden, Wasser und Klima, von Ökosystemen und Lebensräumen ist die Aufgabe unserer Zeit. Daher muß ein umfassender Naturschutz in Deutschland, der 10 bis 15 Prozent der Fläche unter Naturschutz stellt, endlich im Bundestag zur Debatte gestellt werden.

Genauso wichtig ist, daß der Bundestag noch in dieser Legislaturperiode ein modernes, zeitgemäßes Bodenschutzsystem verabschiedet. Wir halten fest an unserer Zielvorstellung der Energieinnovation, und das heißt alle Anstrengungen zu fördern, die zum Energiesparen führen, zugleich auch zum Erschließen neuer Energiequellen. Hier sind Möglichkeiten, in Deutschland Modelle zu schaffen, die weltweit von hoher Aufmerksamkeit und auch ökonomischem Nutzen sein können.

Und wir halten daran fest, daß wir eine Ökologisierung unserer Volkswirtschaft benötigen. Was wir heute an ökologischem Umbau in unserer großen Volkswirtschaft versäumen, das wird weltweit zu falschen Konsequenzen bei der nachholenden Industrialisierung anderer Staaten führen. Das heißt, der Schlüssel zur Ökologisierung im Weltmaßstab liegt hier bei uns. Das darf nicht vergessen werden.

Wir in Schleswig-Holstein haben wichtige Voraussetzungen geschaffen und sind modellhaft vorangegangen:

- Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen hat jetzt in Schleswig-Holstein Verfassungsrang.
- Mit der Einrichtung eines Ministeriums für Natur, Umwelt und Landesentwicklung sind Grundlagen für eine wirksame, systematische Umweltpolitik geschaffen worden.
- Ein neues Landesamt für Natur und Umwelt soll einzelne Ämter vereinen und zu einer tüchtigen und effizienten Umweltverwaltung in Schleswig-Holstein beitragen.
- Die "Akademie für Natur und Umwelt" in Neumünster soll neue Impulse im Bereich der Fort- und Weiterbildung im Umweltbereich setzen.

Wir in Schleswig-Holstein sind heute in vielen Punkten deutschlandweit, in einigen sogar europaweit Vorreiter, ich nenne drei Beispiele:

- Mit der von uns vorangetriebenen Klärung der kommunalen Abwässer halten wir unsere Flüsse und Küstengewässer sauberer als irgendein anderes Land.
- Mit unserer Abfallpolitik haben wir beispielhaft und konsequent Kurs genommen in Richtung "vermindern, vermeiden, verwerten".
- Und wir haben den Entwurf eines Landesnaturschutzgesetzes vorgelegt, von dem Fachleute sagen, er sei das vorbildlichste in ganz Deutschland.

Diese ökologische Realpolitik werden wir konsequent fortsetzen.

(-/27. Januar 1992/rs/ks)

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe.)
